REGIERUNG

Christsoziale Personalpolitik

GARCIA / IMAGO

GS „Mellum“

Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer muss sich erneut wegen des Vorwurfs rechtfertigen, CSU-nahe Mitarbeiter in seinem Ressort bei der Stellenvergabe zu bevorzugen. So hat Ramsauer seine persönliche Referentin laut Organigramm mit einem eigenen Referat L 11 ausgestattet. Mitarbeiter hat die Referentin allerdings nicht. Das Vorgehen ist zumindest unüblich. Bislang waren persönliche Referenten des Ministers direkt beim Ressortchef angegliedert – ohne Referat. Damit setzt sich die Reihe umstrittener Personalentscheidungen im Verkehrsressort fort. Ramsauer hatte Gefolgsleute unter anderem zu Unterabteilungsleitern gemacht, offenbar um den Einfluss der Union auf das Ministerium nach einem Regierungswechsel sicherzustellen (SPIEGEL 5/2012). Eine Schlüsselrolle bei Ramsauers Personalpolitik spielt der Personalrat, der die umstrittenen Entscheidungen absegnen muss. Als neuer Vizechef des Gremiums läuft sich ausgerechnet der Vorsitzende der CDU/CSU-Mitarbeitergruppe, Daniel Steinmann, warm. Der Bundesrechnungshof moniert mehrere Treffen von Personalräten in den vergangenen Jahren. Derzeit geht es vor allem um einen dreitägigen Trip auf die Insel Helgoland im September 2010. Die Anreise erfolgte mit dem bundeseigenen Schiff GS „Mellum“. Höhepunkt der Sause war laut Tagesordnung der Programmpunkt „Erfahrungsaustausch und Grillen“. Die Regierungskontrolleure vermissen klare Regeln, in welchen Ausnahmefällen Kosten für Treffen des Personalrats außerhalb des Behördensitzes vom Ministerium übernommen werden. Das Haus prüft nun Schadensersatzansprüche gegen den damaligen Leiter der Zentralabteilung, Robert Scholl. Er hatte die Bezahlung der Reise aus Steuermitteln genehmigt und soll jetzt Stellung nehmen.

MARIUS BECKER / DPA

Ramsauer

EURO

Deutsche Stromkunden sollen Griechenland retten

Die Bundesregierung prüft Pläne, die schrumpfende griechische Wirtschaft mit Hilfe der deutschen Stromkunden anzukurbeln. Um Investitionen in griechische Solarparks oder Windkraftanlagen anzureizen, soll die gesetzliche Förderung erneuerbarer Energien auch für griechische Unternehmen geöffnet werden, die Strom ins europäische Elektrizitätsnetz leiten. Zusätzlich soll es für Ökostrom-Investitionen in Griechenland Hilfen der Staatsbank KfW geben. Dies geht aus Plänen der EU-Kommission für ein neues griechisches Wachstumsprogramm hervor. Zugleich wächst die Kritik an der zögerlichen Art und Weise, wie Athen versucht, die Finanzkrise in den Griff zu bekommen. So hält es die Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds für erforderlich, die Arbeitskosten um 15 bis 20 Prozent abzusenken. Noch immer liege der gesetzliche Mindestlohn um rund 50 Prozent über dem Niveau Portugals, heißt es in dem Bericht des Überwachungsgremiums, der diese Woche vorgelegt werden soll. In Brüssel wächst allerdings der Widerstand gegen allzu harte Sparauflagen. „Wenn man Gehälter weiter kürzt, stellt man die Bereitschaft der griechischen Bevölkerung in Frage, aus der Krise herauszukommen“, sagt der deutsche Energiekommissar Günther Oettinger. „Das Sparen muss jetzt von Maßnahmen zur Abmilderung der Rezession begleitet werden.“

DIMITRI MESSINIS / AP

Protest gegen Sparauflagen in Athen

BND

Zähe Aufklärung

Das Bundesverwaltungsgericht wirft Kanzleramt und Bundesnachrichtendienst (BND) vor, Unterlagen zu Adolf Eichmann, dem Cheflogistiker des Holocaust, zurückzuhalten. Dessen Akte umfasst mehrere tausend Seiten; Teile davon will der dem Kanzleramt unterstellte Dienst nur geschwärzt herausgeben. Nach einem Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts ist dies überwiegend „rechtswidrig“. Eichmann war 1961 in Israel vor Gericht gestellt und später hingerichtet worden. „Sogar die bereits veröffentlichten Verhörprotokolle hält der BND geheim“, kritisiert Anwalt Reiner Geulen, der auf Freigabe der Akten klagt. Erst kürzlich hat der Dienst auf Antrag des SPIEGEL seine Dossiers zu den DDR-Diktatoren Walter Ulbricht und Erich Honecker angeblich vollständig freigegeben. Sie enthielten aber vor allem Unterlagen, die mit den beiden nichts zu tun hatten oder die Auswertung der SED-Zeitung „Neues Deutschland“ wiedergaben.